

**RAHMENLIEFERVERTRAG
ÜBER DIE LIEFERUNG UND DEN BEZUG ELEKTRISCHER ENERGIE
(VOLLSTROM-LIEFERVERTRAG)**

– Musterentwurf –

zwischen

[Gemeinde Biebergemünd/Stadt Gelnhausen/Gemeinde Gründau/Stadt
Langenselbold/Gemeinde Linsengericht/Gemeinde Niederdorfelden], vertreten durch den
Gemeindevorstand/den Magistrat, [jeweilige Adresse]

im Folgenden „**Auftraggeber**“ genannt,

und

.....

.....

im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt,

wird folgender Vertrag über die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien (Ökostrom)
an die Entnahmestellen mit und ohne registrierende Leistungsmessung geschlossen.

Präambel

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer beabsichtigen, durch diesen Rahmenvertrag einen qualitativ hochwertigen, insbesondere ökologischen und sicheren Strombezug für sämtliche **[städtischen/gemeindlichen/kommunalen]** Entnahmestellen – sowohl für Entnahmestellen mit Standardlastprofil (nachstehend: **SLP**) als auch mit registrierender Leistungsmessung (nachstehend: **RLM**) – einheitlich zu regeln.

Durch diesen Rahmenvertrag werden insbesondere der Umfang der Belieferung, die Preise und Preisgestaltung, der Abrechnung, die Laufzeit sowie die allgemeinen Vertragsbedingungen geregelt. Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien, was folgt:

§ 1 Vertragsgegenstand, Vertragsgrundlagen

1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung dessen gesamten Bedarf an elektrischer Energie an die SLP-**(SLP-Zählpunkte)** bzw. RLM-Entnahmestelle(n) **(RLM-Zählpunkte)** nach den Bestimmungen dieses Vertrags zu liefern (offener Stromliefervertrag). Die Parteien vereinbaren den Liefervertrag einschließlich Netznutzung (All-inclusive-Vertragsverhältnis). Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Entnahmestellen nach **Anlage 1** frist- und bedarfsgerecht zu seinem jeweiligen Bilanzkreis anzumelden.

1.2 Für die in **Anlage 1** benannten SLP-Entnahmestellen **(SLP-Zählpunkte)** beträgt die voraussichtliche kalenderjährliche Gesamtmenge insgesamt

..... kWh.

Die voraussichtliche kalenderjährliche Gesamtmenge und Leistung (Gesamtumfang) für die in **Anlage 1** benannten RLM-Entnahmestellen **(RLM-Zählpunkte)** umfassen insgesamt

..... kWh,

..... kW.

1.3 Die Belieferung der RLM-Entnahmestellen erfolgt nach den Angaben des Auftraggebers nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung in der jeweils in **Anlage 1 (RLM-Zählpunkte)** genannten Spannungs- bzw. Umspannebene.

1.4 Soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist, wird der Auftraggeber die elektrische Energie lediglich zur eigenen Versorgung nutzen. Eine Weiterleitung oder Weiterveräußerung an Dritte ist unzulässig.

[Bieterhinweis: Bei der Stadt Gelnhausen erfolgt eine Weiterleitung an die in die Vergabe einbezogenen städtischen Gesellschaften. Die Klausel wird für Gelnhausen entsprechend angepasst.]

1.5 Sofern der Auftraggeber über die in Ziffer 1.2 genannte Menge hinaus elektrische Energie für den Eigenbedarf benötigt, wird diese vom Auftragnehmer innerhalb eines Mengen-Toleranzbandes in Höhe von $\pm 10 \%$ bezogen auf die Gesamt-

Jahresliefermenge (SLP- und RLM-Entnahmestellen) bereitgestellt und an die in **Anlage 1** definierten Entnahmestellen geliefert. Überschreitet der Strombedarf der Auftraggeber insgesamt das Mengen-Toleranzband von $\pm 10\%$, ist der Auftragnehmer auch hinsichtlich dieser zusätzlichen Liefermengen zur Vollstromlieferung verpflichtet. Sofern die in Ziffer 1.2 genannte Menge, z. B. durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, unterschritten wird, ist der Auftraggeber zur Abnahme und Vergütung der Differenzmenge nicht verpflichtet; dies gilt auch bei einer Unterschreitung der Gesamt-Jahresliefermenge von mehr als 10% . Im Übrigen gilt Ziffer 10.9 dieses Vertrages.

- 1.6 Für diesen Rahmenvertrag gelten die folgenden Vertragsbestandteile, wobei Reihenfolge gleich Rangfolge ist:
- a) Die Bedingungen dieses Rahmenvertrages nebst Anlagen,
 - b) die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen,
 - c) das Angebot des Auftragnehmers vom ____ **[Bieterhinweis: Wird nach Maßgabe des Angebotes ergänzt.]**
 - d) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

§ 2 Art und Qualität der Versorgung

- 2.1 Die vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zu liefernde elektrische Energie muss nachweislich zu 100% aus erneuerbaren Energien im Sinne der Leistungsbeschreibung stammen. Sie muss in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energien nutzen.
- 2.2 Der Begriff der erneuerbaren Energien richtet sich nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung.
- 2.3 Die Herkunft des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Zwischen dem Netz, an das die Stromerzeugungsanlage angeschlossen ist, und dem Netz, an dem die jeweilige Entnahmestelle des Auftraggebers angeschlossen ist, muss eine netztechnische Verbindung bestehen.
- 2.4 Der Auftragnehmer garantiert eine zeitlich bilanzierte Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien; d. h. die Energiebilanz von erzeugtem und geliefertem Strom muss innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt ausgeglichen sein.
- 2.5 Der Auftraggeber erwirbt mit der Entnahme des gelieferten Stroms auch den bei der Erzeugung erzielten Umweltnutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich verbindlich gegenüber dem Auftraggeber, den mit der Stromlieferung verbundenen Umweltnutzen nicht anderweitig zu verwerten oder zu übertragen und seinen etwaigen Vorlieferanten vertraglich ebenfalls zu verpflichten, diese anderweitige Verwertung oder Übertragung zu unterlassen. Der Auftragnehmer garantiert ferner, dass die an den Auftraggeber gelieferte Strommenge aus erneuerbaren Energien nicht durch Erzeugungs- oder

Verbrauchsförderungen gefördert oder auf diese angerechnet wird. Zu Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen zählen unter anderem staatliche Förderregelungen, die zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen verpflichten, einschließlich solcher, bei denen grüne Zertifikate verwendet werden, sowie direkte Preisstützungssysteme einschließlich Einspeisetarife und Prämienzahlungen.

§ 3 Besondere Anforderungen an Wasserkraftanlagen

Im Falle einer Lieferung von Ökostrom aus Wasserkraft verpflichtet sich der Auftragnehmer dazu, die Anforderungen nach Ziffer D. II der Leistungsbeschreibung zu erfüllen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten.

§ 4 Lieferung von Ökostrom aus benannten Anlagen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber vor Lieferbeginn die Anlagen im Einzelnen zu benennen, in denen der während des Lieferzeitraums zu liefernde Strom erzeugt wird. Die Stromlieferung aus einer anderen als den im Angebot benannten Anlagen hat der Auftragnehmer mittels eines neu ausgefüllten Stammdatenblattes gemäß **Anlage 2** dem Auftraggeber rechtzeitig anzuzeigen. Neu benannte Anlagen müssen die Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen.

§ 5 Nachweispflichten

- 5.1 Nach Ablauf eines jeden Lieferjahres hat der Auftragnehmer spätestens bis zum 15. Januar des Folgejahres die entsprechenden Nachweise zu § 2 bis § 4 dieses Stromlieferungsvertrages mit den Ist-Werten des vergangenen Lieferjahres zu aktualisieren und dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen. Dieselbe Verpflichtung gilt auch im Falle einer Vertragsverlängerung um ein weiteres Lieferjahr.
- 5.2 Die Herkunft des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Im Falle mehrerer Quellen ist die Aufteilung zwischen diesen Quellen vom Auftragnehmer eindeutig anzugeben. Der Nachweis des gelieferten Stroms erfolgt gegenüber dem Auftraggeber unter Verwendung von Herkunftsnachweisen, die die Anforderungen der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5. Juni 2009, S. 16) bzw. die Anforderungen einer entsprechenden Nachfolgeregelung und die Anforderungen gemäß § 79 Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.12.2018 (BGBl. I S. 2549) geändert worden ist (EEG 2023), sowie der zur Konkretisierung des § 79 EEG erlassenen Rechtsverordnungen in ihrer jeweils geltenden Fassung bzw. die Anforderungen entsprechender Nachfolgeregelungen erfüllen. Für Herkunftsnachweise aus dem Ausland gilt § 79 Absatz 3 EEG 2023 i.V.m.

Art. 15 Abs. 6 und 9 EU-Richtlinie 2009/28/EG und § 18 Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung.

- 5.3 Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines jeden Lieferjahres hat der Auftragnehmer die Herkunft des gelieferten Stromes auf eigene Kosten durch die Vorlage über das deutsche Herkunftsnachweisregister entwerteter Herkunftsnachweise nachzuweisen. Der Auftragnehmer muss die Entwertung der Herkunftsnachweise für den Auftraggeber vornehmen (durch Einfügen des Auftraggebers im Freifeld „Stromkunde“) und diese Menge im Rahmen der Stromkennzeichnung ausweisen.
- 5.4 Die Herkunftsnachweise dürfen keine Förderung vorsehen, die den Code-Nummern 2 (Förderung der produzierten Strommenge), 3 (Kombination aus Investitionsförderung und Förderung der produzierten Strommenge), 4 (Förderung unbekannt) gemäß dem Fact Sheet 3 - Types of Public Support - Release 2.11 entspricht, das auf der Webseite der AIB veröffentlicht ist (www.aib-net.org/eecs/fact-sheets). Insbesondere dürfen die Herkunftsnachweise nicht die Angabe „Förderung der Stromerzeugung“, „Förderung der Stromerzeugung durch Grünstromprivileg“, „Förderung der Stromerzeugung durch sonstige Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“, „Status der Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien unbekannt“ oder „Status der Förderung unbekannt“ enthalten.
- 5.5 Für flüssige Biomasse erfolgt der Nachweis über die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen im Sinne des § 2 Abs. 2 dieses Vertrages zusätzlich durch die Vorlage von Nachweisen im Sinne der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung vom 23. Juli 2009 (BGBl. I S. 2174), die durch Verordnung vom 2. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5126) ersetzt und die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2286) geändert worden ist (BioSt-NachV).
- 5.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unaufgefordert über alle wesentlichen Änderungen in Zusammenhang mit der Lieferung von Ökostrom und der Erfüllung der vertraglichen Pflichten aus diesem Vertrag schriftlich oder in Textform unverzüglich zu informieren.
- 5.7 Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen an die Erzeugungsart des zu liefernden Stroms aus erneuerbaren Energien im Lieferzeitraum durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an einer Prüfung durch den Auftraggeber mitzuwirken und dem Auftraggeber bzw. dessen beauftragten Sachverständigen sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

§ 6 Entnahme- und Übergabestellen

- 6.1 Neue Entnahmestellen des Auftraggebers für den Eigenbedarf (Zugänge aufgrund von Neuinstallationen, Übernahme oder Umstellung vorhandener Zähler) werden auf Wunsch des Auftraggebers in diesen Stromliefervertrag einbezogen. Hinzukommende

Entnahmestellen des Auftraggebers werden zu den vereinbarten Preisen und Bedingungen beliefert. Mit Stilllegung, Änderung, Vermietung bzw. Verpachtung oder Veräußerung können einzelne Entnahmestellen aus diesem Stromliefervertrag herausgenommen werden. Hinzukommende und abgehende Entnahmestellen teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer mindestens sechs Wochen vor Lieferbeginn bzw. Lieferende schriftlich oder per E-Mail mit.

- 6.2 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber für seine in der **Anlage 1** aufgeführten Entnahmestellen elektrische Energie (Arbeit und Leistung) an den Übergabestellen bereit. Als Übergabestelle gilt die Eigentumsgrenze zwischen dem Verteilnetzbetreiber und den jeweiligen Entnahmestellen des Auftraggebers gemäß Netzanschlussvertrag.
- 6.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der vorhandenen Netzanschlusskapazität auf Verlangen des Auftraggebers auch eine höhere Leistung bereitzustellen. Etwaige Mehrkosten für die Stromlieferung sind durch die im Preisblatt (**Anlage 3**) definierten Preisregelungen abgedeckt. Eine Verstärkung eines Netzanschlusses kann nur nach Abstimmung des Auftraggebers mit dem örtlichen Netzbetreiber erfolgen. Eventuell entstehende Kosten für die Verstärkung trägt der Auftraggeber.

§ 7 Eigenerzeugung

- 7.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, bestehende oder derzeit bzw. zukünftig geplante Eigenerzeugungsanlagen (z. B. BHKW) zu betreiben und seinen Strombedarf daraus vollständig oder teilweise zu decken oder den in diesen Anlagen erzeugten Strom in das Netz des jeweiligen Netzbetreibers einzuspeisen. Während der Vertragslaufzeit wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, folgendes bekannt geben:
 - a) die erstmalige Inbetriebnahme einer neuen Eigenerzeugungsanlage
 - b) die Wiederinbetriebnahme einer vorhandenen Eigenerzeugungsanlage
 - c) Änderungen des Standortes oder der Leistung der Eigenerzeugungsanlage
 - d) die geplante Stilllegung einer vorhandenen Eigenerzeugungsanlage
 - e) die Änderungen der Betriebsart einer Eigenerzeugungsanlage von der Einspeisung zum Eigenverbrauch des erzeugten Stroms und umgekehrt.
- 7.2 Die Maßnahmen im Sinne des Absatzes (1) ändern die Vertragsgrundlage nicht.
- 7.3 Die Vertragspartner vereinbaren einen regelmäßigen Informationsaustausch zur Fahrweise der Eigenerzeugungsanlagen, soweit sich dies auf die Stromlieferung nach diesem Vertrag (Fahrplan, Liefermenge, etc.) auswirkt.
- 7.4 *sofern zutreffend: Gegenwärtig sind Eigenerzeugungsanlagen weder in Betrieb noch in Bau noch in Planung. [Alternativ: Auflistung der bestehenden Eigenerzeugungsanlagen des Auftraggebers inkl. Aufstellort (betreffende Entnahmestelle) und installierter*

elektrischer Leistung.] **[Bieterhinweis: Wird nach Maßgabe der Angaben zu den einzelnen Losen innerhalb der Vergabeunterlagen ergänzt.]**

§ 8 Ermittlung des tatsächlichen Lieferumfangs

Der tatsächliche Lieferumfang, der nach diesem Vertrag abgerechnet wird, wird auf der Grundlage der Messwerte ermittelt, die der Auftragnehmer vom jeweiligen Netzbetreiber für den Zählpunkt der jeweiligen Entnahmestelle zur Verfügung gestellt werden. Bei mehreren Zählpunkten wird die Arbeitsmenge summiert. **[Bieterhinweis: Nachfolgende Textabsätze nur, wenn der jeweilige Auftraggeber über relevante Eigenerzeugungsanlagen verfügt.]**

Dabei erfolgt eine Anpassung bzgl. der folgenden Mengen:

Für den Fall, dass der Auftraggeber über Eigenerzeugungsanlagen verfügt, die auftraggeberseitig des Zählpunktes einspeisen, diese Mengen jedoch einem anderen Bilanzkreis zugeordnet werden:

Die elektrische Energie, die der Auftraggeber in Eigenerzeugungsanlagen produziert und über den Zählpunkt an Dritte liefert, wird addiert.]

§ 9 Durchführung der Lieferung

- 9.1 Die Lieferung erfolgt nach den Bestimmungen dieses Vertrages sowie den Vorgaben des EnWG und der auf der Grundlage des EnWG erlassenen Rechtsverordnungen sowie den einschlägigen vollziehbaren Festlegungen und Beschlüssen der Bundesnetzagentur. Der TransmissionCode, die VDE-AR-N 4400 Anwendungsregel 2019-10 und der DistributionCode in der jeweils geltenden Fassung sind ebenfalls Grundlage dieses Vertrages, soweit in diesem Vertrag weder abweichende Regelungen getroffen werden oder zwingende gesetzliche oder aufgrund Gesetzes erlassene Regelungen entgegenstehen.
- 9.2 Die Regelung der Netznutzung bis zu der jeweiligen Entnahmestelle obliegt dem Auftragnehmer.
- 9.3 Die Regelung der physikalischen Anbindung der jeweiligen Auftraggeberanlage und der sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten (Netzanschluss und Anschlussnutzung) obliegt dem Auftraggeber und erfolgt in gesonderten Verträgen mit dem jeweiligen Netzbetreiber.
- 9.4 Vom Auftragnehmer zu erbringen sind nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung im Zusammenhang mit der Stromlieferung stehende Nebenleistungen. Hierzu gehören insbesondere regelmäßige Mess- und Abrechnungsleistungen sowie die jährliche Auswertung des Verbrauchsverhaltens und Analyse von Einsparpotenzialen.

§ 10 Vergütung

- 10.1 Für den tatsächlichen Lieferumfang des Auftraggebers gemäß Ziffer 8 dieses Vertrages zahlt der Auftraggeber ein Entgelt nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung und des als **Anlage 3** beigefügten Preisblattes. Ein Leistungspreis ist nicht vereinbart. Soweit nachstehend nicht ausdrücklich anders geregelt ist, ist diese Vergütung unabänderlich.

Der Stromlieferpreis versteht sich einschließlich Entgelte für die Lieferung und Abrechnung der Energie (Ökostrom-Lieferung) durch den Auftragnehmer und zuzüglich

- a) Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers,
- b) Entgelte für Messung und Zählzeitenbereitstellung durch den Netzbetreiber bzw. den Messstellenbetreiber,
- c) Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV),
- d) Umlage nach § 19 Absatz 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV),
- e) Offshore-Haftungsumlage nach § 17f Energiewirtschaftsgesetz (EnWG),
- f) Aufschläge gemäß Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG),
- g) Konzessionsabgaben gemäß Konzessionsabgabenverordnung (KAV),
- h) eventuell anfallende Blindarbeit (oberhalb der Abrechnungsfreigrenze),
- i) Umlage gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage),
- j) Stromsteuer sowie
- k) Umsatzsteuer.

- 10.2 Der Auftragnehmer berechnet dem Auftraggeber die Netznutzungsentgelte, die Entgelte für Messung und Zählzeitenbereitstellung, die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, die Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV, die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG, Konzessionsabgaben, Blindarbeit oberhalb der Abrechnungsfreigrenze sowie die Aufschläge gemäß KWKG ohne Aufschlag weiter.

- 10.3 Der Auftragnehmer berechnet dem Auftraggeber für das jeweilige Kalenderjahr die EEG Umlage in Cent pro Kilowattstunde ohne Aufschlag weiter.

- 10.4 Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, jede berechtigte Änderung der Netznutzungsentgelte, der Entgelte für Messung und Zählzeitenbereitstellung, der Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, der Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV, der Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG, der Konzessionsabgabe, der Aufschläge gemäß Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und der EEG Umlage rückwirkend zum Zeitpunkt ihrer Änderung spätestens mit der Jahresrechnung für jede Entnahmestelle an den Auftraggeber in vollem Umfang weiterzugeben.

- 10.5 Verändern sich die unmittelbaren Kosten für die Stromlieferung nach Abschluss dieses Stromliefervertrages durch Neueinführung oder Erhöhung von Steuern (derzeit Stromsteuer und Umsatzsteuer) oder gesetzlicher Abgaben, kann der Auftragnehmer hieraus entstehende Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens an den Kunden weiterberechnen. Dies gilt nicht, soweit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren

oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weiterberechnung entgegensteht. Die Weitergabe ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung (z.B. nach Kopf oder nach Verbrauch) dem einzelnen Vertragsverhältnis zugeordnet werden können. Bei Wegfall oder Senkung einer Steuer oder gesetzlicher Abgabe ist der Auftragnehmer entsprechend der vorstehenden Regelung zur Weitergabe an den Auftraggeber verpflichtet.

- 10.6 Etwaige Mehrkosten aus einem Handel mit CO₂ Emissionszertifikaten sind durch die Strompreise abgegolten. Änderungen der europäischen und nationalen Regelungen zum Handel mit CO₂ Emissionszertifikaten nach Vertragsschluss ändern die Vertragsgrundlagen nicht.
- 10.7 Die Erfassung und Abrechnung der Blindarbeit erfolgt durch den Netzbetreiber unmittelbar gegenüber dem Auftragnehmer.
- 10.8 Alle Preise sind Nettopreise, zu denen die jeweils gültige Umsatzsteuer hinzuzurechnen ist, derzeit in Höhe von 19 %.
- 10.9 Überschreitet oder unterschreitet (z. B. aufgrund der Inbetriebnahme von BHKW) der tatsächliche Energiebedarf in einem Lieferjahr das Mengen-Toleranzband in Höhe von $\pm 10 \%$, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, Mehrmengen hinzuzukaufen bzw. nicht benötigte, bereits für den Auftraggeber beschaffte Mindermengen über den Spotmarkt der Strombörse EPEX Spot zu verkaufen. Die Weiterverrechnung der Mehr- und Mindermengen außerhalb des Toleranzbandes orientiert sich am Spotmarktpreis im Jahresdurchschnitt des jeweiligen Lieferjahres und erfolgt bis spätestens 15. Februar des Folgejahres ohne Aufschlag des Auftragnehmers. Die vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zu liefernden Mehrmengen müssen sämtliche Anforderungen an die Qualität des Ökostroms und die entsprechenden Nachweise erfüllen. Zulässig und ausreichend ist eine zeitliche Bilanzierung dieser zusätzlich gelieferten Strommengen.
- 10.10 Macht der Auftraggeber von der Möglichkeit der Vertragsverlängerung nach Ziffer 14.3 dieses Vertrages Gebrauch wird der Auftragnehmer zur Bewahrung des Gleichgewichtes von Stromlieferung und Strompreis den vom Auftraggeber zu zahlenden Arbeitspreis im Sinne des Preisblatts (**Anlage 3**) einmalig nach billigem Ermessen anpassen. Die Anpassung der Preise ist nur in Bezug auf den vollen Zeitraum der Vertragsverlängerung möglich. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber spätestens 4 Monate vor dem geplanten Wirksamwerden der Preisanpassung die Änderung der Strompreise schriftlich mit. In der Mitteilung ist der Auftraggeber hinzuweisen, welche konkreten Veränderungen für die Preisänderung maßgeblich sind. Unbeschadet etwaig weitergehender Rechte des Auftraggebers, etwa aus § 315 BGB, hat der Auftraggeber im Falle der Preisänderung nach dieser Ziffer 10.10 das Recht, den Vertrag zum Ende der Grundlaufzeit in Textform gegenüber dem Auftragnehmer zu kündigen. Auf dieses Recht wird in der Mitteilung über die Preisänderung ausdrücklich hingewiesen. Ziffer 10.5 bleibt unberührt.

§ 11 Abrechnung

- 11.1 Das Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Der Auftragnehmer stellt für die RLM-Entnahmestellen monatliche Teilrechnungen (Spitzabrechnungen) mit nachvollziehbarer Leistungsaufstellung. Für die SLP-Entnahmestellen stellt der Auftragnehmer monatliche Abschlagsrechnungen in zwölf gleichen Teilen auf der Basis der bisherigen bzw. der Verbrauchsmengen der letzten Abrechnungsperiode. Für die SLP-Entnahmestellen erstellt der Auftragnehmer bis zum 15.02. des jeweils folgenden Jahres eine Jahresendabrechnung für das vergangene Vertragsjahr mit nachvollziehbarer Leistungsaufstellung.
- 11.2 Jede Rechnung hat Angaben zu den Leistungs- und Verbrauchsdaten sowie zu den Strompreisbestandteilen zu enthalten. Der Auftragnehmer hat in jeder Rechnung folgende Preisbestandteile separat auszuweisen:
- a) Strompreise
 - b) Netznutzungsentgelte
 - c) Entgelte für Messung und Zahldatenbereitstellung durch den Netzbetreiber bzw. den Messstellenbetreiber
 - d) Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV
 - e) Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV
 - f) Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG
 - g) Aufschläge gemäß KWKG
 - h) Konzessionsabgabe gemäß KAV
 - i) Eventuelle anfallende Blindarbeit (oberhalb der Abrechnungsfreigrenze)
 - j) EEG-Umlage gemäß EEG
 - k) Stromsteuer gemäß Stromsteuergesetz
 - l) Umsatzsteuer.
- 11.3 Die Zusammenfassung einzelner Preisbestandteile zum Zwecke der Rechnungslegung ist vorher mit dem Auftraggeber einvernehmlich abzustimmen.
- 11.4 Rechnungen werden 30 Kalendertage nach Eingang der prüffähigen Rechnung fällig. Die Zahlung erfolgt auf ein vom Auftragnehmer in der Rechnung zu benennendes Konto bargeldlos.
- 11.5 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Rechnungsdaten aus der Jahresrechnung auf Wunsch des Auftraggebers zum Zwecke der Rechnungskontrolle, der Zahlungsabwicklung und Verbuchung zusätzlich in einer elektronischen Datei in einem gängigen elektronischen Rechnungssystem auf einem Datenträger oder auf elektronischem Wege zum Zeitpunkt der jeweiligen Rechnungslegung, auch für

Monatsrechnungen, kostenlos zur Verfügung. Die Überlassung der Daten an den Auftraggeber erfolgt bis zum 15. Februar des Folgejahres. Auftraggeber und Auftragnehmer stimmen die hierzu erforderlichen technischen Spezifikationen gegebenenfalls rechtzeitig vor Lieferbeginn ab.

- 11.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in allen Rechnungen die Zählpunktbezeichnung für jede belieferte Messstelle anzugeben.
- 11.7 Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer pro Entnahmestelle einen für den Einzelfall zu benennenden Rechnungsempfänger mitteilen. Zur Erleichterung der internen Buchhaltung des Auftraggebers ist bei allen Rechnungen ein Angabenfeld für ein noch zu benennendes Geschäftszeichen, eine Anweisungsstelle oder eine Haushaltsstellennummer vorzusehen.
- 11.8 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom Auftraggeber rechtzeitig mitgeteilte Änderung von Angaben zu den einzelnen Entnahmestellen bei der Abrechnung zu berücksichtigen.
- 11.9 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für jedes Lieferjahr gesondert zu prüfen, ob die Stromlieferung an die Entnahmestellen des Auftraggebers mit registrierender Leistungsmessung aufgrund der Grenzpreisregelung des § 2 Absatz 4 Konzessionsabgabenverordnung von der Konzessionsabgabenzahlung befreit ist. Der Auftragnehmer wird dazu dem Auftraggeber eine nachvollziehbare Berechnung (Grenzpreisvergleich) vorlegen. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer dafür alle benötigten Informationen zur Verfügung stellen. Soweit und sofern der maßgebliche Grenzpreis unterschritten wird, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Befreiung von der Konzessionsabgabe gegenüber dem Netzbetreiber geltend zu machen. Soweit erforderlich, hat er dazu ein Testat eines Wirtschaftsprüfers oder vereidigten Buchprüfers einzuholen; deren Kosten trägt der Auftraggeber.

§ 12 Informationsrechte und -pflichten

- 12.1 Für Prognosezwecke stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer für in der **Anlage 1 (RLM-Zählpunkte)** aufgeführte Entnahmestellen Daten gemäß nachstehender Ziff. 12.2 und 12.3 zur Verfügung.
- 12.2 Mit Vertragsschluss stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die folgenden Daten zur Verfügung:
 - a) Die maximale Netzanschlussleistung seiner jeweiligen Entnahmestelle(n) in kW. Die maximale Netzanschlussleistung ist die Leistung, die der Netzbetreiber dem Auftraggeber gegenüber nach dem Anschlussnutzungsvertrag vorzuhalten hat.
 - b) Die ¼-h-Werte der elektrischen Energie, die an dem Zählpunkt der jeweiligen Entnahmestelle von den zuständigen Netzbetreibern in den letzten zwölf Monaten gemessen wurden.

- c) Informationen über Art, Zeitpunkt und Ausmaß lastbeeinflussender Maßnahmen in den letzten zwölf Monaten (z. B. Spannungsabsenkung, Lastabwurf).

12.3 Während der Vertragslaufzeit stellt der Auftraggeber zum Zwecke der Spezifizierung der Prognose folgende Daten mit den jeweils benannten Vorlaufzeiten zur Verfügung:

- a) Mit einer Vorlaufzeit von [] Tagen: geplante Änderungen bei Laststeuerungsmaßnahmen. **[Bieterhinweis: Frist ist mit dem Angebot vom Bieter anzugeben]**
- b) Mit einer Vorlaufzeit von vier Wochen: sonstige bevorstehende wesentliche Änderungen seines Bedarfs.

12.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich über sämtliche relevanten Vorkommnisse, Ereignisse oder sonstige Umstände zu informieren, die eine Leistungserbringung in Frage stellen, gefährden oder ausschließen könnten.

§ 13 Datenübermittlung

Sofern die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer alle im Vertrag benannten Daten in elektronischer Form im Format [xls / xlsx] oder nach Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber mit einem entsprechend konvertierbaren Format zur Verfügung zu stellen. Diese Daten sind an die E-Mail-Adresse [...] zu versenden.

§ 14 Vertragsbeginn / Laufzeit

14.1 Die vertraglichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag beginnen mit Vertragsschluss (Zuschlagserteilung).

14.2 Die Stromlieferung beginnt am 01.01.2027 um 0.00 Uhr und endet:

[Alternative 1: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 1 Jahr mit zweifacher Verlängerungsoption von jeweils 1 Jahr]

- a) mit Ablauf des 31.12.2027, 24 Uhr (feste Laufzeit), oder
- b) sofern der Auftraggeber von seiner ersten Verlängerungsoption gem. Ziffer 14.3 Gebrauch gemacht hat, mit Ablauf des 31.12.2028, 24 Uhr (verlängerte Laufzeit), oder
- c) sofern der Auftraggeber von seiner zweiten Verlängerungsoption gem. Ziffer 14.3 Gebrauch gemacht hat, mit Ablauf des 31.12.2029, 24 Uhr (verlängerte Laufzeit).

[Alternative 2: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 2 Jahren mit einfacher Verlängerungsoption von 1 weiteren Jahr]

- a) mit Ablauf des 31.12.2028, 24 Uhr (feste Laufzeit), oder
- b) sofern der Auftraggeber von seiner Verlängerungsoption gem. Ziffer 14.3 Gebrauch gemacht hat, mit Ablauf des 31.12.2029, 24 Uhr (verlängerte Laufzeit).

14.3 **[Alternative 1: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 1 Jahr mit zweifacher Verlängerungsoption von jeweils 1 Jahr]**

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Stromlieferung um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoption). Der Auftraggeber kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende von seiner Verlängerungsoption Gebrauch machen. Die Mitteilung über die Verlängerung hat schriftlich an den Auftragnehmer zu erfolgen.

[Alternative 2: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 2 Jahren mit einfacher Verlängerungsoption von 1 weiteren Jahr]

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Stromlieferung um ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoption). Der Auftraggeber kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende von seiner Verlängerungsoption Gebrauch machen. Die Mitteilung über die Verlängerung hat schriftlich an den Auftragnehmer zu erfolgen.

14.4 Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrags durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor,

- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt,
- wenn der Auftragnehmer wesentliche Pflichten dieses Vertrages, trotz wiederholter Mahnung durch den Auftraggeber, bezogen auf ein und dasselbe Ereignis, wobei zwischen den Mahnungen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muss, verletzt,
- wenn der Auftragnehmer nicht die Anforderungen gemäß § 2 bis § 4 des Stromliefervertrages oder erfüllt der Auftragnehmer seine Nachweispflichten gemäß § 5 des Stromliefervertrages nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Stromliefervertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich schriftlich zu kündigen.
- wenn der Auftragnehmer ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers Strom aus anderen als den in seinem Angebot benannten Erzeugungsanlagen liefert.

14.5 Macht der Auftraggeber von seinem Sonderkündigungsrecht Gebrauch, so ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum vollen Schadenersatz verpflichtet. Der Schadenersatz umfasst insbesondere sämtliche Mehrkosten, die dem Auftraggeber während einer vorübergehenden Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien

durch einen anderen Lieferanten und im Zuge der erforderlichen Neuvergabe des Lieferauftrages entstehen.

§ 15 Ansprechpartner

Als Ansprechpartner sind folgende Personen benannt:

Ansprechpartner auf Seiten des Auftraggebers:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

Ansprechpartner auf Seiten des Auftragnehmers:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

§ 16 Lieferunterbrechung und Haftung

- 16.1 Sollte einer der Vertragspartner durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, ganz oder teilweise daran gehindert sein, seinen Liefer- bzw. Bezugsverpflichtungen aus diesem Vertrag nachzukommen, so ruhen diese Verpflichtungen so lange, bis die Störungen und deren Folgen behoben sind. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall keinen Anspruch auf die Gegenleistung. Der Betroffene ist verpflichtet, seinen Vertragspartner sofort zu verständigen und unverzüglich mit allen technisch und wirtschaftlich zumutbaren Mitteln dafür zu sorgen, die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Stromliefervertrages wiederherzustellen. Bei einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses gilt Absatz (2) entsprechend.
- 16.2 Der Auftragnehmer ist von der Lieferpflicht befreit, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Nutzung des Anschlusses aus eigenen Rechten unterbrochen hat. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.
- 16.3 § 19 StromGVV findet entsprechende Anwendung.
- 16.4 Im Übrigen haften die Vertragspartner einander hinsichtlich der Erfüllung aller wechselseitigen Pflichten aus diesem Vertrag – soweit innerhalb dieses Vertrages nichts anderes geregelt ist – nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 17 Sicherheit für die Vertragserfüllung

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung hat der Auftragnehmer auf schriftliche Anforderung des Auftraggebers unverzüglich eine Bürgschaft nach dem Formblatt EFB-421 in Höhe von EUR _____ zu stellen. **[Bieterhinweis: Die Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von max. 5 % der Auftragssumme ist vom Bieter mit dem Angebot anzubieten, wenn und soweit er keine anderen geeigneten und ausreichenden Sicherheiten für die Vertragserfüllung anbietet.]**

§ 18 Verpflichtungen nach dem HVTG

- 18.1 Die Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt wird Vertragsbestandteil.
- 18.2 Die Urkalkulation ist gemäß § 16 HVTG nach gesonderter Aufforderung entweder elektronisch über die Vergabeplattform oder in einem geschlossenen Umschlag einzureichen.
- 18.3 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfungsrecht nach § 7 Abs. 1 HVTG ein. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, seine Nachunternehmer/Verleihunternehmen vertraglich zu verpflichten, dem Auftraggeber dieses Auskunfts- und Prüfungsrecht ebenfalls zu gewähren und die vertragliche Verpflichtung zur Gewährung des Auskunfts- und Prüfungsrechts auf alle weiteren Nachunternehmer/Verleihunternehmen zu übertragen.

§ 19 Nachunternehmer

- 19.1 Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an geeignete Nachunternehmer übertragen. Gemäß § 97 Abs. 4 Satz 3 GWB hat der Auftragnehmer bei der Beauftragung von Leistungen (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten unter Beachtung des § 97 Abs. 4 Satz 1 und 2 GWB zu verfahren, dem Nachunternehmer auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen und dem Nachunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistung – zu stellen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.
- 19.2 Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Nachunternehmerleistungen in Abstimmung mit dem Auftraggeber nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der Auftragnehmer selbst verfügen bzw. solche Qualitätsstandards einhalten. Nachunternehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

§ 20 Vertragsstrafe

- 20.1 Im Falle der Nichterfüllung von Leistungspflichten nach diesem Vertrag, insbesondere im Falle des Verzuges hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber je Werktag der Vertragsverletzung und/oder der Verspätung eine Vertragsstrafe von 0,1 %, höchstens jedoch 5 % der Gesamtauftragssumme (brutto) zu zahlen.
- 20.2 Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche durch den Auftraggeber bleibt vorbehalten. Eine etwa vom Auftragnehmer verwirkte Vertragsstrafe wird auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch des Auftraggebers angerechnet.

§ 21 Schlussbestimmungen

- 21.1 Die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Elektrizität aus dem Niederspannungsnetz“ (StromGKV) ist in der jeweils gültigen Fassung nur insoweit Vertragsbestandteil, wie in diesem Stromliefervertrag darauf ausdrücklich Bezug genommen wird.
- 21.2 Alle Verträge, Abrechnungen, Korrespondenz oder sonstige schriftlich oder in Textform gegebenen Informationen sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 21.3 Gerichtsstand ist am Dienstsitz des Auftraggebers.
- 21.4 Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses.
- 21.5 Die Regelungen des Vertrages beruhen auf den gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (z.B. EnWG, StromGKV, StromNZV, MessZV, höchstrichterliche Rechtsprechung, Entscheidungen der Bundesnetzagentur). Das Vertragsverhältnis kann nach Vertragsschluss durch unvorhersehbare Änderungen (z.B. durch Gesetzesänderungen, sofern deren konkreter Inhalt nicht bereits – etwa in der Phase zwischen dem Abschluss des förmlichen Gesetzgebungsverfahrens und dem Inkrafttreten – absehbar war), die der Auftragnehmer nicht veranlasst und auf die er auch keinen Einfluss hat, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages entstehen lassen (etwa wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt). Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich am nächsten kommt. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 24.09.2002 (KZR 10/01) bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass diese Bestimmung keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 138 BGB insgesamt abbedungen ist.

....., den

....., den

.....

.....

(Auftraggeber)

.....

(Auftragnehmer)

Anlagen

Anlage 1 SLP-Zählpunkte und RLM-Zählpunkte

Anlage 2 Stammdatenblatt

Anlage 3 Preisblatt